

Röper, Burkhardt

**Article — Digitized Version**

## Wirtschaftspolitische Probleme der westdeutschen Zahlungskrise

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Röper, Burkhardt (1951) : Wirtschaftspolitische Probleme der westdeutschen  
Zahlungskrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 6, pp.  
9-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131322>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

„Welche Möglichkeiten gibt es, der Meinung und den Interessen des überwiegenden Teiles der deutschen Bevölkerung auf demokratische Weise im Rahmen der beiderseitigen Verfassungen zum Durchbruch zu verhelfen, daß der Ost-West-Handel aufrechterhalten und erweitert werden muß?“

Gewiß, die Frage nach der Aufstellung von Sperrlisten wird schon dadurch problematisch, daß wichtige Handelspartner der USA. — wie auch aus den westeuropäischen Antworten hervorgeht — gar nicht die Neigung haben, sich in Umfang und Qualität der gesperrten Güter festlegen zu lassen. Ich finde aber, daß diese Fragestellung auch in anderer Hinsicht die gegenwärtige Situation falsch beurteilt. Wir müssen in Deutschland — in der Westzone wie in der Ostzone — realpolitischen Notwendigkeiten Rechnung tragen. Die Grenzen des realpolitisch Möglichen sind bei uns eng gesteckt. Halten wir uns aber an das realpolitisch Mögliche, so drängt sich die Frage auf, ob wir im Interesse der deutschen Wirtschaftseinheit, die doch von allen Besatzungsmächten noch als ein anzustrebender Status angesehen wird, uns nicht mit allen Kräften dafür einsetzen sollten, daß zunächst die Frage des Interzonenhandels, dessen Volumen sich am lebensnotwendigen Eigenbedarf der beiden Zonen bestimmen läßt, vom Problem des Ost-West-Handels, auf das wir infolge seiner weltpolitischen Bedeutung so gut wie keinen Einfluß haben, abgetrennt werden müßte. Wenn wir das als ein erreichbares Nahziel aufstellen, so soll das nicht heißen, daß wir in der Frage des Ost-West-Handels resignieren und unsere Ansprüche auf eine angemessene Beteiligung aufzugeben bereit sind. (L. B.)

## Vorleistungen . . .

Man mag aus innerpolitischen, innerwirtschaftlichen und sozialen Gründen mancherlei gegen die deutsche Wirtschaftspolitik einzuwenden haben. Und es ist auch unser gutes Recht, das auszusprechen. Aber es ist unerträglich, wenn in periodischen Abständen internationale Gremien sich verpflichtet fühlen, in schulmeisterlicher Art die Gründe für die kritische deutsche Wirtschaftslage aus einer falschen deutschen Wirtschaftspolitik ableiten zu müssen. Was sie in ihren Memoranden anführen, sind meist Allgemeinplätze, die in der innerpolitischen Auseinandersetzung schon längst diskutiert worden sind: zu hoher Lebensstandard, Verschwendung, Einfuhr von Luxusgütern, Kapitalfehlleitungen, zu hohe Gewinnspannen, mangelnde Preisüberwachung. Solche internationalen Beanstandungen wirken um so peinlicher, wenn man sich darüber klar wird, daß das Scheitern der außenwirtschaftlichen Bemühungen in erster Linie gerade darauf zurückzuführen ist, daß wir mit allzu großer Gutgläubigkeit den internationalen Empfehlungen nachgekommen sind.

Zur eigenen Rechtfertigung der enttäuschenden Erfahrungen, die wir auf außenwirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet machen mußten, haben wir uns angewöhnt, von „Vorleistungen“ zu sprechen. Ganz abgesehen davon, daß es im internationalen Wirtschaftsverkehr keine Instanz gibt, die dafür Sorge tragen kann, daß die einzelnen Wirtschaftspartner die moralische Verpflichtung zu Nachleistungen auch wirklich einlösen, ist unsere Nachkriegssituation so gewesen, daß wir an allerletzter Stelle in wirtschaftlicher Hinsicht zur Vorleistung verpflichtet gewesen wären. Wenn wir uns heute die nationalwirtschaftliche Politik unserer verschiedenen Wirtschaftspartner ansehen, so scheint wenig Hoffnung zu sein, daß sie aus einer über-nationalwirtschaftlichen Konzeption heraus die Verpflichtung zu Leistungen empfinden, die nicht ihrem eigenen wirtschaftlichen Vorteil oder der Stärkung ihrer wirtschaftlichen Souveränität dienen.

Wir brauchen auf die Geschichte der sog. „Vorleistungen“ nicht im einzelnen einzugehen, wir brauchen nur die großen Etappen — Liberalisierung, Montanunion, Saarfrage, Ruhrkohle — zu erwähnen, um die Bedeutung zu ermessen, die sie für die deutsche Wirtschaft haben. Es wäre bedauerlich, wenn auch das aktuelle Problem des Ost-West-Handels wieder zu einer neuen Vorleistung werden sollte, eine Vorleistung, die recht bedenkliche Folgen für unsere künftige Außenhandelspolitik haben kann, denn schließlich sind durch Strukturwandlungen und Absperrung während des Krieges unsere Absatzmärkte bereits erheblich beschnitten worden. Es darf nicht verkannt werden, daß unsere außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen eine sehr delikate Angelegenheit sind und außerordentliches Taktgefühl erfordern. Mit welcher Intensität wir auf diesen Gebieten unsere Wünsche durchsetzen können, hängt im wesentlichen davon ab, welche Unterstützung die Regierungspolitik im eigenen Lande findet.

Innenpolitik und Außenpolitik müssen ganz unterschiedlich beurteilt werden. Wenn gegenwärtig wenig Aussicht zu bestehen scheint, daß Regierungspolitik und Opposition in den innerwirtschaftlichen und sozialen Fragen eine gemeinsame Linie gewinnen, weil ihre Konzeptionen noch zu weit auseinander liegen, so braucht das für die Außenpolitik durchaus nicht der Fall zu sein. Auch in den heftigsten Auseinandersetzungen über außenpolitische und außenwirtschaftliche Fragen zeigen sich immer gemeinsame Ausgangspunkte und gemeinsame Zielsetzungen, die eigentlich die Hoffnung stärken müßten, daß auf diesen Gebieten eine Linie gewonnen wird, die auch die Unterstützung der Opposition findet. Wenn das gelänge, könnte sich eine Stärkung nach außen hin ergeben, die auch ihre innenpolitischen Früchte tragen müßte. (sk)

Dr. Burkhardt Röper, Freiburg:

## Wirtschaftspolitische Probleme der westdeutschen Zahlungskrise

Allmählich beginnt die Diskussion um Westdeutschlands Zahlungskrise in der in- und ausländischen Presse zu verstummen: Die großen Gläubigerländer sind nun wieder überzeugt, daß alle ausgegebenen Lizenzen honoriert werden; widerstrebend fanden sich die kleineren Nachbarländer und sonstigen Lieferanten mit den einstweilen verringerten Importchancen nach Westdeutschland ab, während Deutschland sich mit Nachdruck und großem Erfolg um die Bereinigung der

Krise bemühte. Der Ausfuhrüberschuß im April 1951 in Höhe von 74 Mill. DM zeigte aller Welt das Ergebnis dieser Anstrengungen: Die akute Zahlungskrise konnte überwunden werden, denn die von der Notenbank und anderen zuständigen Stellen scharf angezogenen Bremsen waren wirksam. Dennoch wäre es verfrüht und übereilt, von einer dauerhaften Umstellung des deutschen Außenhandels und der deutschen Zahlungsbilanz zu sprechen, die ein langfristiges

außenwirtschaftliches Gleichgewicht sichern würde. Man kann vielmehr die Überbrückung der zweiten schweren Zahlungskrise lediglich als ein Symptom werten, bedeutet es doch im wesentlichen nur ein zeitweiliges Eindämmen und Verlagern eines immer noch bestehenden marktwirtschaftlichen Druckes durch administrative Kunstgriffe; eine Atempause, die es nun für eine langfristig wirksame strukturelle Umgestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen auszunutzen gilt.

Wird diese Umstellung nun wirklich nachdrücklich betrieben oder bahnt sich nach einigen beachtenswerten Anfangserfolgen wiederum eine Verzögerung an, die zu einer dritten Zahlungskrise führen wird? Gelingt es, Deutschlands Außenhandel auf einem höheren Niveau relativ freizügig und ausgeglichen zu gestalten? Eine glatte Verneinung dieser Fragen wäre mit dem Scheitern der bisherigen Bemühungen um eine europäische Integration gleichzusetzen. Zugleich würde es bedeuten, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht sinnvoll ist, den Europablock mit seinen durch den Sterling- und Francaum erweiterten Grenzen mit der restlichen freien Welt zu verschmelzen.

#### *Analyse deutscher Zahlungsbilanzen*

Der wichtigste Posten der deutschen Zahlungsbilanz, die Handelsbilanz, war in den letzten Jahrzehnten zumeist passiv. Diese Situation ist charakteristisch für alle „reichen“ Gläubigerländer, die es sich langfristig erlauben können, nicht nur von der eigenen Erzeugung der Gegenwart, sondern auch von den Erträgen früherer Auslandsinvestitionen usw. zu leben. Schuldnerländern ist ein derartiger Mehrverbrauch nur möglich, solange die Kreditgeber eine reelle Chance auf Rückzahlung und Verzinsung der Auslandskredite haben, d. h. langfristig müssen Produktionssteigerungen ausgelöst werden. Gegenwärtig ist die deutsche Handelsbilanz durch eine starke Passivierung gegenüber dem EZU.-Raum und gelegentlichen Überschüssen im Dollar- sowie im Ost-Währungsraum gekennzeichnet. Zu beachten ist bei den jetzt allmonatlich veröffentlichten Außenhandels- und Zahlungsbilanzfiguren, daß diese Zahlen stärker voneinander abweichen, als es bei einer Jahresrechnung der Fall ist: Zahlungsfristen, Vorauszahlungen, aber auch das absichtlich verzögerte Hereinholen von Außenhandelsforderungen bedingen Phasenverschiebungen, die die Höhe der Deviseneingänge und -ausgänge erheblich beeinflussen können. Eine Aktivierung der Handelsbilanz auf lange Sicht wird sich für Westdeutschland aber nur unter größten innerwirtschaftlichen, innerpolitischen und sozialen Schwierigkeiten verwirklichen lassen.

Die Möglichkeiten einer Aktivierung der Dienstleistungsbilanz, d. h. Zahlungsüberschüsse aus Schifffahrt, Reiseverkehr, Transit, Versicherungen und Filmlizenzen erhalten deshalb ein um so größeres Gewicht. Auf dem Gebiet der Schifffahrt entstehen laufend noch große Devisenverpflichtungen, da der Wiederaufbau der deutschen Flotte und der Schiffbau für ausländische Auftraggeber praktisch bis in die

jüngste Zeit hinein verhindert wurden, andererseits die Trennung des Westens von den Kornkammern der deutschen Ostprovinzen zusätzliche Einfuhren und damit höhere Frachtkosten notwendig machen. Bedenkt man, daß der Index für die Frachtraten der Trampschifffahrt allein vom September 1950 bis März 1951 um 100 % stieg, so kann man ermessen, welche Devisenausfälle bis jetzt und auch künftig jede Verzögerung einer aktiven Schifffahrtspolitik nach sich zieht. Die Chancen für wachsende Einnahmen aus dem Transitverkehr haben sich durch Westdeutschlands Lage am „Eisernen Vorhang“ und die politisch bedingte Erschwerung des Ost-West-Handels eher gemindert als vergrößert. Mehreinnahmen aus dem Reiseverkehr werden vermutlich auch bei einer Freizügigkeit für deutsche Reisende erzielt. Durch auferlegte Zwangsmaßnahmen bzw Verbote entstehen noch beachtliche Devisenverpflichtungen im Luftverkehr und für Filmlizenzen, die bei größerer politischer Freiheit nur allmählich abgebaut werden können.

Westdeutschland hatte regelmäßig Überschüsse in seiner Dienstleistungsbilanz zu verzeichnen und wird diese bei einer ungestörten Entwicklung trotz des lebhaften Wettbewerbs und des großen zeitlichen Vorsprungs der wichtigsten Konkurrenten, insbesondere in der Schifffahrt, wieder erlangen. Aber der Aufbau einer Handelsflotte ist bei der beschränkten Kapazität unserer Werften, ihren Auslandsbauaufträgen sowie dem Mangel an Kapital und Stahl erst innerhalb mehrerer Jahre möglich.

Fast gleichrangig hinsichtlich des Umfangs rangierte in früheren Jahren die Kapitalnutzungsbilanz. Bei den gegenwärtigen niedrigen Zinssätzen, den geringen privaten Kapitalbewegungen und der noch nicht erfolgten Aufnahme des Zinsendienstes für Vorkriegsanleihen ist diese Teilbilanz im Augenblick noch unbedeutend, wird aber, wie wir später begründen werden, vermutlich in den nächsten Jahren an Bedeutung zunehmen und über viele Jahre hinaus passiv bleiben.

Diese drei Teilbilanzen bilden die Leistungsbilanz. Bei einer Passivität erfolgt der Ausgleich durch langfristige Anleihen, durch Abgabe von Gold oder Devisen, kurzfristige Kapitalbewegungen usw. Während Deutschland vor dem ersten Weltkrieg Kapitalgeber, zwischen den beiden Kriegen jedoch Kapitalnehmer war, ist gegenwärtig der nationale Kapitalmarkt in Deutschland praktisch noch funktionsunfähig: Kommerzielle Kredite des Auslandes an deutsche Unternehmer fehlen, und der Kapitalzustrom erfolgt nur über Regierungsstellen, ist also abhängig von der politischen Entscheidung ausländischer Parlamente, in erster Linie vom Kongreß der USA., und nicht von rein wirtschaftlichen Erwägungen.

Während Deutschlands Leistungsbilanz in wichtigen Sektoren schon wieder normal ist, spiegelt die Kapitalverkehrsbilanz das immer noch vorhandene Chaos auf dem internationalen Kapitalmarkt nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern wider. Denn bei allen währungspolitischen Diskussionen hat stets die Sicherung des

laufenden Handels- und Zahlungsverkehrs das Primat gegenüber bereits abgeschlossenen Kapitaltransaktionen, ihrer Verzinsung und Amortisation.

Bereits im ersten Weltkrieg wurde Deutschlands außenwirtschaftliches Gleichgewicht gestört. Der zweite Weltkrieg und seine Folgen brachten die Verstümmelung der deutschen Volkswirtschaft, einen unvorstellbaren Substanzverlust, eine zwangsweise Vergrößerung der westdeutschen Bevölkerung um 21 %, die Beschlagnahme des gesamten Auslandsvermögens und eine jahrelange Diffamierung des deutschen Namens in allen Ländern der Welt. Nur höchste Kraftanstrengungen, verbunden mit umfangreichen Auslandshilfen, führten nach der Neuordnung der Währung zu einer allmählichen wirtschaftlichen Erholung. Langsam formte sich aus dem willkürlich abgetrennten Teilbereich eine neue westdeutsche Volkswirtschaft und eine neue staatliche Organisation, der schrittweise mehr Freiheiten und Rechte übertragen wurden. Westdeutschlands Weg führte vom Potsdamer Abkommen zur Eingliederung in die Notgemeinschaft der europäischen Demokratien im ERP. und in der Europäischen Zahlungsunion. In ihrem Rahmen wurde in der Einsicht der Notwendigkeit der Koordinierung Rumpfdeutschlands mit Westeuropa infolge der politisch bedingten Unmöglichkeit einer engeren Zusammenarbeit mit dem deutschen Osten das Experiment der Liberalisierung gewagt und nun vorläufig suspendiert, bis eine ausreichende Umgestaltung der gesamtwirtschaftlichen Struktur erreicht ist.

#### **Die Außenwirtschaft im Rahmen der Volkswirtschaft**

Westdeutschlands Wirtschaft zeichnet sich durch einen ungeheuren Nachholbedarf aus. Seine Industrie muß den neuen Anforderungen entsprechend um- und zum großen Teil neu aufgebaut werden; seit einem Jahrzehnt unterlassene Ersatzinvestitionen sind nachzuholen. Während sich die privatwirtschaftlich organisierte verarbeitende Industrie durch Selbstfinanzierung bei erhöhten Preisen vielfach das benötigte Kapital beschaffen konnte, mangelt es an Investitionskapital für Grundindustrien: Ungeklärte Besitzverhältnisse, niedrige Festpreise und damit die Unmöglichkeit einer Selbstfinanzierung und Kapitalbeschaffung verhiinderten ausreichende Kapazitätserweiterungen. Als die verarbeitende Industrie im Sommer 1950 sprunghaft ihre Produktion um 30 % erweiterte, konnte man nicht im gleichen Tempo folgen, und so klafft hier eine bedrohliche Lücke.

Der Engpaß Kohle bedingt die meisten anderen Versorgungsengpässe und begrenzt güterwirtschaftlich die Produktions- und damit auch Exporterweiterung so scharf, daß dort das Schwergewicht aller binnenwirt-

schaftlichen Maßnahmen zu konzentrieren ist. Notwendig sind zusätzliches Kapital und höhere Arbeitsleistungen, aber auch die Eindämmung der Zwangsexporte unter Weltmarktpreis.

Die deutsche Volkswirtschaft steht vor der schwierigen Aufgabe, die vorhandenen Engpässe zu erweitern und damit einen weiteren Produktionsanstieg zu ermöglichen, einen erhöhten Verteidigungs- und Sozialbeitrag zu leisten, sowie ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Je geringer der Produktionsanstieg sein wird, um so stärker muß die binnenwirtschaftliche Nachfrage zur Abdämmung des Importsoges und Verstärkung der Exporte gedrosselt werden. Seit Ausbruch des Korea-Konfliktes haben alle diese Probleme empfindlich an Gewicht zugenommen und brachten neue Belastungen, die sich für Westdeutschlands Außenwirtschaft bei der bestehenden Konstruktion der Europäischen Zahlungsunion als zeitweilig unüberbrückbar erwiesen.

Auf folgende Punkte sei insbesondere hingewiesen:

1. Die deutsche Volkswirtschaft verfügte im Juni 1950 über so geringe Vorräte, daß bereits die ersten politischen Befürchtungen und wirtschaftlichen Knappheitserscheinungen sowohl die Regierung als auch die private Wirtschaft zu einer verstärkten Vorratsbildung veranlaßten.
2. Erst im Jahre 1950 setzte eine stärkere Kommerzialisierung und damit auch eine gewisse Umformung der gesamtwirtschaftlichen Bedürfnisskala ein. Während im Jahre 1947 71 % der Gesamteinfuhren aus Mitteln der Auslandshilfe finanziert worden waren und diese im nächsten Jahre noch 65 % ausmachten, sank dieser Prozentsatz für das Jahr 1949 auf 43 % und 1950 auf 18 %. Westdeutschland konnte bei steigenden Außenhandelsumsätzen einen wachsenden Anteil der Einfuhren aus den Exporterlösen begleichen. So nahmen die Einfuhren im ersten Quartal 1951 gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit um 49 %, die Ausfuhren dagegen um 97 % zu.
3. Damit verbunden war eine Umlagerung der Importe aus den Dollarräumen nach den Gebieten der Europäischen Zahlungsunion, insbesondere in das Sterling- und französische Francsgebiet. Hierbei ergaben sich verständlicherweise eine Fülle von Anpassungsschwierigkeiten, zumal der zwischen verstärkt angelaufene Ost-West-Handel abgedrosselt werden mußte.
4. Noch wichtiger war zweifelsohne für die Passivierung der Zahlungsbilanz der starke und ungleiche Anstieg der Weltmarktpreise, hervorgerufen durch eine allgemeine Jagd nach rüstungswichtigen und knappen Gütern. Sieger blieben bekanntlich zumeist die USA., die ihre Rohstoffreserven füllten und manche Partner des Atlantikpaktes leer ausgehen ließen. Hierbei zeigte

	<b>HAMBURGER KREDITBANK</b>	
	FROHER	
	<b>DRESDNER BANK</b>	
	HAMBURG 36 · JUNGFERNSTIEG 22	

sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1950 eine anomale Preisreaktion, die manche Weltmarktpreise steil in die Höhe trieb. Erst um die Jahreswende begann man, eine internationale Koordinierung der rüstungswirtschaftlichen Anforderungen und Deckungsmöglichkeiten vorzubereiten. Westdeutschlands Importe bestanden im Jahre 1950 zu 41 % aus Rohstoffen und Halbwaren, die im Preise besonders stark anzogen, während die zu 69 % aus Fertigwaren bestehenden Exporte nur zögernd diesem Anstieg folgten. Insgesamt hat die Verteuerung der westdeutschen Einfuhr diese für den Zeitabschnitt Juli 1950 bis Februar 1951 im Vergleich zu den Preisen des letzten Quartals 1949 um 816 Mill. DM wertmäßig erhöht, während durch gestiegene Exportpreise nur ein Mehrerlös von 91 Mill. DM erzielt wurde. Seit Ende 1950 holten die Exportpreise so weit auf, daß sich nun eine günstigere Entwicklung der realen Austauschverhältnisse oder „terms of trade“ anbahnte. — Gegenwärtig ist der allgemeine Preisanstieg auf vielen Weltmärkten abgeflaut. Die weitere Entwicklung ist naturgemäß stark von den politischen Spannungsverhältnissen abhängig.

5. Steigende Weltmarktpreise, ein wachsendes deutsches Volkseinkommen und damit verstärkte Nachfragen bei einem geringen Spareifer trotz eines hohen Investitionsbedarfes lösten eine gefährliche Lohn-Preisspirale aus, die noch nicht gestoppt werden konnte. Aber nicht nur Lohn- und Gehaltserhöhungen erfolgten, die schon um des Leistungsanreizes willen notwendig wurden, sondern es erwachsen auch umfangreiche Mehrausgaben des Staates für soziale Verpflichtungen.

Während eine kurzfristige Überbrückung der Zahlungskrise durch administrative Maßnahmen, insbesondere Eindämmung der Importe möglich war, kann auf die Dauer sich daraus eine ebenfalls gefährliche Import-Exportdrosselungspirale entwickeln, sowie ein verstärkter Importnachholbedarf.

Als man im November 1950 von der EZU. einen Kredit von 500 Mill. DM aufnahm, hoffte man noch, damit die vorübergehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten bei voller Aufrechterhaltung der Liberalisierung überbrücken zu können, ja man sprach sogar von einer Flucht nach vorn in die 70 %ige Liberalisierung. Die Bemühungen scheiterten und mußten scheitern, da infolge der Kohlenknappheit, der Witterung und erster Bemühungen um eine Eindämmung der inneren Nachfrage sowie einer fühlbaren Erschwerung der Importbedingungen die Produktion stark absackte und die Arbeitslosigkeit zunahm. Der weiterhin wirksame marktwirtschaftliche Druck einer überhöhten kaufkräftigen Nachfrage wirkte sich jedoch bei einer Verminderung des Binnenlandangebots trotz aller Sicherungsvorkehrungen im außenwirtschaftlichen Sektor voll aus und zwang zur zeitweiligen Abkehr von der Liberalisierung und einer Wiedereinführung mengen- und wertmäßiger Beschränkungen.

#### **Wirtschaftspolitische Konsequenzen**

Deutschland hat anscheinend auf einigen Gebieten größere Rohstofflager ansammeln können, die im Verein mit einer Erleichterung der Kohlenlage zu einer Produktionserhöhung führen könnten. Diese

neuen Warenströme müssen in devisenschaffende und -sparende Sektoren der Wirtschaft geleitet werden. Hierzu ist nicht nur eine Unterstützung durch eine Exportförderung im engeren Sinne notwendig, sondern vor allem die Schaffung eines marktwirtschaftlichen Anreizes zum Mehrexport. Da vielfach das höhere Auslandspreisniveau infolge der verdoppelten Transportkosten als Ansporn nicht ausreicht, liegen die größten Chancen in einem Abbau der mehrfach überdrehten Steuerschraube für devisenschaffende und -sparende Geschäfte. Nicht allein die bisher diskutierten Vorschläge, sondern vor allem eine Ermäßigung der Einkommensteuer auf derartige Geschäfte können ein schnelleres und vollständiges Eingehen aller Auslandsforderungen sichern. Ferner ist nicht nur die Exportfinanzierung zu fördern, sondern Nachdruck ist neben der Erweiterung der Grundstoffindustrien auch auf den Ausbau importsparender Wirtschaftszweige zu legen. Dabei wird, wie es die Bank deutscher Länder fordert, ein geschlossenes System von währungspolitischen, administrativen und investitionspolitischen Maßnahmen geschaffen werden müssen, um die einseitigen und wirtschaftshemmenden monetären Maßnahmen, insbesondere die Kreditrestriktionen aufzulockern und sinnvoll abzurunden. Da Bemühungen um den Aufbau eines funktionsfähigen Kapitalmarktes in nationaler und internationaler Beziehung trotz Diskriminierung der zum Verbrauch vorgesehenen Einkommensteile und Prämierung des Sparens wenig erfolgreich waren, bleibt zu überlegen, ob eine Anpassung der Kapitalmarktsätze an den gegenwärtigen und vermutlich in der nächsten Zeit nicht wieder herabsetzbaren Diskontsatz zweckmäßiger wäre als das bisherige System von Anreizmitteln. Bei einem Zinssatz für langfristige Anlagen von 8 % und ausreichenden Transfer- und sonstigen Garantien, wie sie gegenwärtig von der Marshallplanverwaltung geplant werden, müßte trotz aller politischen Unsicherheitsfaktoren ein Kapitalstrom nach Deutschland induziert werden, der bei richtiger Überwachung und Lenkung vermutlich in wenigen Jahren zu einem dauerhaften Außenhandelsgleichgewicht führen könnte.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen bleibt die Bewahrung der Stabilität der deutschen Währung, die weder durch eine übermäßige, menschlich verständliche Bereitschaft des Parlamentes zur Gewährung neuer Sozialhilfen noch durch eine Einschränkung der Handlungsfreiheit der Notenbank gefährdet werden darf.

Zwei schwere Zahlungskrisen Westdeutschlands in einem halben Jahr, sowie die krisenhaften Erscheinungen in den planwirtschaftlich orientierten Ländern Holland und Großbritannien haben gezeigt, daß trotz aller Erfolge der letzten Jahre die schweren Wunden der Kriegszeit in Europa noch nicht vernarbt sind und leicht bei einer stärkeren Belastung wieder aufreißen können. Zur restlosen Heilung bleibt für längere Zeit Auslandshilfe notwendig; Unzureichende Realeinkommen und übermäßige soziale Spannungen könnten sonst in Westdeutschland politische Kräfte auslösen, die mehr als eine Währungskrise die europäische Abwehrfront erschüttern würden.